



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 18.03.2012

=====

Ausschuss knausert, Bürger müssen zahlen

Die Verhandlungen des Sonderausschusses "Wasserverträge" am Freitag, 16.03.2012, waren so spannend, dass manch einer im Publikum einnickte. Fern von jeglicher inhaltlicher Arbeit stritt der Ausschuss geschlagene zwei Stunden um die Frage, ob ein Auftrag zu einem externen Gutachten vergeben werden soll, wie von der Opposition (Grüne, Linkspartei, Piraten) beantragt. Am Ende beschlossen die Regierungsfractionen, sich erst einmal mit dem hausinternen „Wissenschaftlichen Parlamentsdienst“ als Auskunftsmittel zu begnügen – um Geld zu sparen.

Inhaltlich geht es dabei allerdings um eine der zentralen Fragen überhaupt, nämlich ob mit der Teilprivatisierung das Land Berlin das Gebot der demokratischen Legitimation bei der Wasserversorgung und auch die Budgethoheit der Abgeordneten verletzt habe. Die EU hatte schon 1999 festgestellt, dass es kein Letztentscheidungsrecht des Landes Berlin bei der Wasserversorgung gäbe.

Während die Abgeordneten von SPD und CDU sonst unzimperlich Kosten in Millionenhöhe für Spezialgutachten abnicken, wenn die Regierung es wünscht, geizen jetzt die Regierungsfractionen bei der Umsetzung des Volksgesetzes wegen einiger tausend Euro. Sie knausern bei einem Sachverhalt, an dem die Verfassungsmäßigkeit der Verträge hängt und damit die Rechtmäßigkeit der Verträge überhaupt. Deren Bedienung summiert sich zu Milliarden, die den Berlinerinnen und Berlinern Jahr um Jahr mit missbräuchlich überhöhten Preisen aus den Taschen gezogen werden. Ihren miserablen Eindruck können SPD und CDU allenfalls dadurch wettmachen, dass sie nach Inanspruchnahme des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes auch wirklich eine unabhängige externe Begutachtung in einem zweiten Schritt befürworten.

Es ist offensichtlich, dass auch die jetzige Wowereit-Regierung die Beutegemeinschaft mit den privaten Konzernen Veolia und RWE fortsetzt. Wie eine Nachfrage des Piratenabgeordneten Claus-Brunner erbrachte, verhandelt der Senat mit den Privaten weiter hinter verschlossenen Türen. Der Ausschuss soll derweil wohl nur ein öffentliches Scheinmanöver vorführen. Mit Wowereit an der Spitze tut die Regierung weiter so, als ginge es sie gar nichts an, dass die Fragwürdigkeit der Verträge immer sichtbarer wird. Die privaten Konzerne allerdings zögern nicht, das Land Berlin als Vertragspartner nach Bedarf auch öffentlich zu brüskieren: auf eine Frage von Klaus Lederer (Linkspartei) gaben die im Ausschuss anwesenden Senatsvertreter wortkarg zu, dass die gerade bekannt gewordene Klage der Privaten beim Bundesverfassungsgericht „kein Akt der Freundlichkeit“ sei.

Die Klage wirft die Frage auf, ob weiterhin Geheimdokumente gültig sein dürfen, gleich, in welcher Form sie vereinbart wurden. Der Berliner Wassertisch hatte den Abgeordnetenhausfractionen bereits vor knapp einem Jahr eine Liste mutmaßlicher Geheimdokumente überreicht. Es ist eine dringende Aufgabe für den Ausschuss, diese Liste zu prüfen.

Anhang: Die Liste der immer noch geheimen Dokumente finden Sie auf
http://berliner-wassertisch.net/assets/pdf/AH/Zusammenstellung_der_fehlenden_Unterlagen.pdf

Kontakt:
Ulrike Kölver, Tel. 0178 63 13 089
Michel Tschuschke, Tel. 0163 664 87 39